

Stoffplan

für die

Arbeitsgemeinschaft 1

Zivilrecht

(Stand: August 2021)

Inhalt

Vorbemerkung	7
Stoffplan	9
A. Die Tätigkeit des Rechtsanwaltes, insbesondere die Erstellung einer Klageschrift und eines Klageerwidlungsschriftsatzes.....	9
I. Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens	9
1. mittels eines Mahnantrages (§§ 688, 690 ZPO).....	9
2. mittels einer Klageschrift (§ 253 ZPO).....	9
II. Form und Inhalt der Klageschrift.....	9
1. Förmlichkeiten der Klageschrift	9
2. Klageantrag	9
3. Zuständigkeit.....	9
4. Inhaltliche Anforderungen	9
5. Elektronischer Rechtsverkehr, elektronische Aktenführung (§ 31 BRAO, § 130a ZPO)	9
6. Bedeutung der Klageerhebung für die Verjährungsunterbrechung	9
III. Klageerwidlungsschriftsatz	9
B. Der Gang des Erkenntnisverfahrens	10
I. Allgemeines.....	10
1. Verfahrensgrundsätze des Zivilprozesses	10
2. Streitgegenstand.....	10
3. Klagearten	10
4. Der Richter	10
5. Zustellung.....	10
II. Das Verfahren vom Eingang der Klage bis zum Haupttermin	10
1. Die Behandlung der Klage bis zur Vorlage an den Richter	10
2. Vorlage der Klage an den Richter	10
3. Klagezustellung	10
4. Früher erster Termin (§ 275 ZPO).....	11
5. Schriftliches Vorverfahren (§ 276 ZPO).....	11
6. Vorbereitung des Haupttermins	11
III. Mahnverfahren (Grundzüge).....	12
1. Verfahren bis zur Zustellung des Mahnbescheids	12
2. Das Verfahren auf Erlass des Vollstreckungsbescheides.....	12
3. Widerspruch gegen den Mahnbescheid	12
4. Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	12
IV. Haupttermin.....	12

1.	Güteverhandlung (§ 278 ZPO)	12
2.	Mündliche Verhandlung	12
3.	Beweisaufnahme	12
4.	Beratung, Erlass und Verkündung des Urteil	13
V.	Sitzungsprotokoll (§§ 159 bis 165 ZPO)	13
1.	Inhalt	13
2.	Form	13
3.	Beweiskraft	13
4.	Berichtigung	13
VI.	Sitzungspolizeiliche Maßnahmen (§§ 176 ff. GVG)	13
C.	Beendigung des Rechtsstreits	14
I.	Prozessbeendigung durch Parteihandlungen	14
1.	Klagerücknahme (§ 269 ZPO)	14
2.	Erledigung der Hauptsache	14
3.	Prozessvergleich (§ 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO)	14
4.	Sonstige Möglichkeiten der konsensualen Streitbeilegung	15
5.	Anerkenntnis (§ 307 ZPO)	16
6.	Verzicht (§ 306 ZPO)	16
II.	Prozessbeendigung durch Urteil	16
1.	Urteilsarten	16
2.	Zustellung des Urteils	16
3.	Form und Inhalt des Urteils	16
4.	Berichtigung und Ergänzung des Urteils	16
5.	Die Rechtskraft und ihre Durchbrechung	17
D.	Rechtsmittel	18
I.	Rechtsmittel aus Sicht des Anwalts	18
1.	Fristenorganisation innerhalb der Anwaltskanzlei	18
2.	Prüfung von Zweckmäßigkeit und Erfolgsaussichten des Rechtsmittels; Beratung des Mandanten; Haftungsrisiken hierbei, Dokumentation der anwaltlichen Hinweise	18
3.	Postulationsfähigkeit, Prüfung, Nachweis	18
4.	Anwaltliches Vorgehen bei teilweiser Einlegung eines Rechtsmittels	18
II.	Berufung	18
1.	Wesen	18
2.	Zulässigkeit der Berufung	18
3.	Begründetheit der Berufung	18
4.	Berufungsverfahren	18
5.	Anschlussberufung (§ 524 ZPO)	18

6.	Berufungseinlegungs- und -begründungsschrift des Anwalts.....	18
III.	Revision (Grundzüge).....	18
IV.	Beschwerde (Grundzüge)	18
1.	Arten.....	18
2.	Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsbehelfen.....	19
3.	Zulässigkeit der Beschwerde	19
4.	Begründetheit der Beschwerde.....	19
5.	Beschwerdeverfahren	19
6.	Entscheidung.....	19
E.	Besondere Prozesslagen und Verfahrensarten	20
I.	Klageänderung	20
1.	Fälle der Klageänderung.....	20
2.	Zulässigkeit.....	20
II.	Beteiligung Dritter am Prozess.....	20
1.	Streitgenossenschaft (§§ 59 ff. ZPO).....	20
2.	Parteiänderung	20
3.	Veräußerung der Streitsache (§§ 265, 325 ZPO)	20
4.	Nebenintervention und Streitverkündung (§§ 66 bis 77 ZPO).....	20
III.	Aufrechnung im Prozess	20
1.	Rechtsnatur der Prozessaufrechnung	20
2.	Geltendmachung der erklärten Aufrechnung im Prozess	20
3.	Aufrechnung und Rechtsweg (Aussetzung gem. § 148 ZPO).....	21
4.	Eventualaufrechnung.....	21
5.	Zuständigkeits-, Gebühren- und Rechtsmittelstreitwert, Kostenfolgen	21
6.	Aufrechnung mit einer nicht konnexen Gegenforderung	21
7.	Rechtskraft (§ 322 Abs. 2 ZPO).....	21
8.	Behandlung der Aufrechnung im Urteil	21
IV.	Widerklage.....	21
1.	Erhebung der Widerklage.....	21
2.	Sachurteilsvoraussetzungen der Widerklage, § 33 ZPO	21
3.	Drittwiderklage	21
4.	Eventualwiderklage	21
5.	Behandlung der Widerklage im Urteil	21
V.	Säumnisverfahren (§§ 330 bis 347 ZPO)	21
1.	Voraussetzungen des Versäumnisurteils.....	21
2.	Entscheidungsmöglichkeiten.....	21

3.	Einspruch	22
4.	Verfahren nach Einspruch	22
5.	Sonderfälle der Säumnis.....	22
VI.	Urkundenprozess - Grundzüge	22
VII.	Arrest und einstweilige Verfügung	22
1.	Bedeutung, Abgrenzung und Streitgegenstand.....	22
2.	Voraussetzungen	23
3.	Entscheidung.....	23
4.	Widerspruch (§ 924 ZPO).....	23
5.	Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	23
6.	Vollziehung (§§ 928 ff. ZPO)	23
VIII.	Internationaler Zivilprozess	23
1.	Vorrang von Staatsverträgen und EG-Recht (z.B. EuGVÜ, LugÜ, EuGVVO)	23
2.	Allgemeine Regel der ZPO	23
F.	Zwangsvollstreckungsverfahren	24
I.	Allgemeiner Überblick	24
1.	Unterscheidungen.....	24
2.	Einteilung nach der Art der Zwangsvollstreckung	24
3.	Organe der Zwangsvollstreckung	24
4.	Parteien und Dritte der Zwangsvollstreckung	24
5.	Verfahrensgrundsätze der Zwangsvollstreckung	24
6.	Einleitung, Beginn, Ende und Kosten der Zwangsvollstreckung	24
II.	Zulässigkeitsvoraussetzungen der Zwangsvollstreckung	24
1.	Zuständigkeit.....	24
2.	Vollstreckungsantrag (§ 753 ZPO)	24
3.	Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	24
4.	Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen	24
5.	Fehlen von Vollstreckungshindernissen	25
6.	Zulässigkeit der einzelnen konkreten Vollstreckungsmaßnahmen	25
III.	Nichtigkeit und Anfechtbarkeit bei Vollstreckungsmängeln	25
IV.	Einzelne wichtige Problemkreise	25
1.	Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen generell	25
2.	Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in körperliche Sachen	25
3.	Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in Forderungen.....	25
4.	Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in andere Vermögensrechte (§§ 857 ff. ZPO) ²⁶	

5.	Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in das unbewegliche Vermögen (§§ 864 bis 871 ZPO)	26
6.	Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche als Geldforderungen	26
V.	Vermögensauskunft und Abgabe der eidesstattlichen Versicherung (§§ 802c ff., 807 ZPO)	26
VI.	Rechtsbehelfe der Zwangsvollstreckung	27
1.	Rechtsbehelfe im Klauselerteilungsverfahren (Grundzüge)	27
2.	Vollstreckungserinnerung gegen Art und Weise der Zwangsvollstreckung (§ 766 ZPO) ..	27
3.	Sofortige Beschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen im Zwangsvollstreckungsverfahren, § 793 ZPO (Grundzüge).....	27
4.	Vollstreckungsschutz in Härtefällen auf Antrag des Schuldners, § 765 a ZPO (Grundzüge) 27	
5.	Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 ZPO)	27
6.	§ 767 Abs. 1 ZPO analog bei vollstreckungsbeschränkenden Vereinbarungen.....	27
7.	Drittwiderspruchsklage (§ 771 ZPO)	27
8.	Klage auf vorzugsweise Befriedigung (§ 805 ZPO).....	28
G.	Familienrecht.....	29
I.	Vermögensrechtliche Folgen der Ehe während des Bestehens der ehelichen Lebensgemeinschaft; hier güterrechtliche Folgen.....	29
1.	Güterstände	29
2.	Zugewinnngemeinschaft, §§ 1363 - 1390 BGB.....	29
3.	Gütertrennung, § 1414 BGB	29
4.	Gütergemeinschaft, §§ 1415 - 1518 BGB	29
II.	Vermögensrechtliche Folgen der Ehe bei Trennung und Scheidung; hier güterrechtliche Folgen.....	29
1.	Zugewinnausgleich bei Scheidung der Ehe	29
2.	Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft nach Rechtskraft der Scheidung	30
III.	Hinweis auf das FamFG als anzuwendende Verfahrensordnung.....	30
H.	Kompaktkurs Rechtsgestaltung (gesonderter Stoffplan)	30

Vorbemerkung

Dieser Stoffplan umreißt die Rechtsgebiete, die gemäß § 58 Abs. 2 Nr. 1 und 2 JAPO zur Ausbildung der Rechtsreferendare in der zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaft 1 der Justiz - nicht des Pflichtwahlpraktikums - gehören.

Die Gestaltung des Unterrichts im Einzelnen, insbesondere die Festlegung der Reihenfolge der Themenbehandlung sowie deren sachliche und zeitliche Gewichtung liegt in der Verantwortung der Arbeitsgemeinschaftsleiter. Hierbei soll der Kenntnis- und Ausbildungsstand der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft berücksichtigt werden. Soweit verschiedene Arbeitsgemeinschaftsleiter in einer Arbeitsgemeinschaft unterrichten, stimmen diese Zeitpunkt und Gestaltung des Unterrichts untereinander ab; die Koordination übernimmt der für diese Arbeitsgemeinschaft verantwortliche Arbeitsgemeinschaftsleiter aus der Justiz.

Die zivilrechtliche Ausbildung (einschließlich Einführungslehrgang) umfasst ca. 180 Unterrichtsstunden. Zusätzlich werden mindestens 5 Pflichtklausuren geschrieben und besprochen.

Zu Beginn der zivilrechtlichen Ausbildung findet der Einführungslehrgang statt. Dessen Ziel ist es, den Rechtsreferendaren den Ablauf eines typischen Zivilprozesses anhand praktischer Fälle nahezubringen. Nach seinem Abschluss sollen die Referendare in der Lage sein, eigenständig praktische Entwürfe (Schriftsätze, Beschlüsse, Urteile) zu fertigen.

Der Einführungslehrgang umfasst unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten ca. 50 Unterrichtsstunden. In ihm sollten folgende Themenkreise behandelt werden:

1. Die Erstellung einer Klageschrift durch den Rechtsanwalt
2. Das Zivilprozessverfahren bis zur mündlichen Verhandlung
3. Die mündliche Verhandlung (Grundsätze der mündlichen Verhandlung, Beweisaufnahme)
4. Das Zivilurteil
5. Klausurtechnik.

Zur praxisnahen Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft 1 können Sonderveranstaltungen hinzukommen, etwa weitere Lehrveranstaltungen durch Rechtsanwälte zu in diesem Stoffplan nicht genannten Aspekten der Anwaltstätigkeit, durch Notare, der Besuch eines Bezirkskrankenhauses, Informationsbesuche beim Bundesgerichtshof oder Bundesverfassungsgericht oder vergleichbare Veranstaltungen, die mit Ausbildungsinhalt und -zweck unmittelbar verbunden sind. Außerdem findet ein Kompaktkurs Rechtsgestaltung mit einer unterrichts begleitenden Klausur statt.

Stoffplan

A. Die Tätigkeit des Rechtsanwaltes, insbesondere die Erstellung einer Klageschrift und eines Klageerwiderungsschriftsatzes

I. Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens

- 1. mittels eines Mahnantrages (§§ 688, 690 ZPO)**
- 2. mittels einer Klageschrift (§ 253 ZPO)**

II. Form und Inhalt der Klageschrift

1. Förmlichkeiten der Klageschrift

Zuständigkeitsfragen, richtiges Rubrum, insbesondere auch Möglichkeiten der Heilung bei falscher Rubrumsbezeichnung, Unterschrift

2. Klageantrag

Problem des unbezifferten Antrags, eigenhändige Unterschrift, Heilung von Mängeln, Kostenvorschuss

3. Zuständigkeit

Örtliche, sachliche, internationale, funktionale, funktionelle

4. Inhaltliche Anforderungen

Schlüssigkeit, Beschränkung auf erheblichen Sachvortrag, Beweisangebot, Bezugnahme auf Schriftsätze, Möglichkeiten und Grenzen des anwaltlichen Vortrags

5. Elektronischer Rechtsverkehr, elektronische Aktenführung (§ 31 BRAO, § 130a ZPO)

6. Bedeutung der Klageerhebung für die Verjährungsunterbrechung

III. Klageerwiderungsschriftsatz

B. Der Gang des Erkenntnisverfahrens

I. Allgemeines

1. Verfahrensgrundsätze des Zivilprozesses

2. Streitgegenstand

3. Klagearten

4. Der Richter

a) Begriffe

Richter beim Amtsgericht, Kammer, Senat; Einzelrichter (§§ 348, 348 a, 526, 527 ZPO); beauftragter (§ 361 ZPO), ersuchter (§ 362 ZPO) Richter, ehrenamtliche Richter

b) Richterliche Unabhängigkeit

c) Ausschließung und Ablehnung von Richtern (§§ 41 ff. ZPO)

5. Zustellung

Notwendigkeit, Arten, Ausführung, Gegenstand, Mängel der Zustellung, Heilung von Zustellungsmängeln

II. Das Verfahren vom Eingang der Klage bis zum Haupttermin

1. Die Behandlung der Klage bis zur Vorlage an den Richter

Aufgaben der Einlauf- und Geschäftsstelle, elektronische Akte

2. Vorlage der Klage an den Richter

a) Zweck und Umfang der Prüfung im Frühstadium des Prozesses

- Der gesetzliche Richter

Geschäftsverteilung des Gerichts (§ 21 e GVG); Geschäftsverteilung der Kammer/des Senats (§ 21 g GVG) und ihre Abgrenzung zu den gesetzlich geregelten Zuständigkeiten (einschließlich Kammer für Handelssachen, §§ 93 ff. GVG)

- Gebührenvorschuss

- Vorliegen echter Prozessvoraussetzungen

Deutsche Gerichtsbarkeit, funktionelle Zuständigkeit, wirksame Klageeinreichung usw.

b) Maßnahmen des Richters, insbesondere

- Abgabe

- Ablehnung der Terminierung bei Fehlen echter Prozessvoraussetzungen

c) Verfahrenswahl

- früher erster Termin (§ 275 ZPO)

- schriftliches Vorverfahren (§ 276 ZPO)

3. Klagezustellung

Begriff der Anhängigkeit und der Rechtshängigkeit; materielle und prozessuale Wirkungen

4. Früher erster Termin (§ 275 ZPO)

- a) Zweck und Bedeutung
- b) Vorbereitung des Termins
 - Vorbereitende Maßnahmen gem. §§ 275 Abs. 1, 273, 358 a ZPO
 - Terminbestimmung und Ladung einschließlich Fristen, §§ 274 Abs. 3, 217 ZPO
- c) Ablauf des Termins

5. Schriftliches Vorverfahren (§ 276 ZPO)

- a) Zweck und Bedeutung
- b) Durchführung
 - Anzeige der Verteidigungsbereitschaft (§ 276 Abs. 1 Satz 1 ZPO)
 - Frist zur Klageerwiderung (§ 276 Abs. 1 Satz 2 ZPO)
 - Replik (§ 276 Abs. 3 ZPO)
- c) Besonderheiten
 - Versäumnis und Anerkenntnisurteil im schriftlichen Vorverfahren (§§ 331 Abs. 3, 307 Satz 2 ZPO)

6. Vorbereitung des Haupttermins

- a) Sichtung und Ordnung des Prozessstoffs
- b) Auslegung des Klageziels
- c) Zulässigkeit der Klage
 - (1) Sachurteilsvoraussetzungen
 - Allgemeine, besondere Sachurteilsvoraussetzungen
 - Abgrenzung zu Prozesshindernissen und Prozesshandlungsvoraussetzungen
 - Verweisung (§ 281 ZPO, §§ 97 ff. GVG)
 - Objektive Klagenhäufung (§ 260 ZPO), insbesondere Haupt- und Hilfsantrag
 - (2) Grundsatz der Amtsprüfung
- d) Begründetheit der Klage
 - Prüfung der Schlüssigkeit des Vorbringens des Klägers (anspruchsbegründende Tatsachen)
 - Prüfung der Erheblichkeit des Vorbringens des Beklagten (Bestreiten; rechtshindernde, rechtsvernichtende und rechtshemmende Einwendungen)
 - Beweisstation (Relationstechnik, Beweislast, Beweisverbote)
- e) Gerichtliche Maßnahmen zur Vorbereitung des Haupttermins
 - §§ 273, 139, 358 a ZPO
- f) Prozessförderungspflicht der Parteien und die Folgen ihrer Verletzung
 - §§ 296, 296 a, 282 ZPO
- g) Terminbestimmung und Ladung

III. Mahnverfahren (Grundzüge)

1. Verfahren bis zur Zustellung des Mahnbescheids
2. Das Verfahren auf Erlass des Vollstreckungsbescheides
3. Widerspruch gegen den Mahnbescheid
4. Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid

IV. Haupttermin

1. Güteverhandlung (§ 278 ZPO)

2. Mündliche Verhandlung

- a) Bedeutung der Antragstellung

§§ 43, 39, 308, 282 Abs. 2, 295 ZPO, § 101 GVG

- b) Vorbereitung der Antragstellung

Prüfung der Vollstreckbarkeit und der praktischen Verwendbarkeit eines erstrebten Titels, Vollständigkeit der Antragstellung, vollständige Erfassung des Streitstoffes, Verjährungsproblematik bei nicht vollständiger Antragstellung, Stufenklage, Feststellungsklage

- c) Sonderfall § 128a ZPO: Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung

3. Beweisaufnahme

- a) Notwendigkeit

Erforderlichkeit einer Beweiserhebung; Bindung der Beweiserhebung an den Parteivortrag

- b) Beweisantritt

- c) Ablehnung von Beweisanträgen

- d) Beweisanordnung

- Form (formlos, § 358 ZPO bzw. mit förmlichem Beweisbeschluss, §§ 450 Abs. 1 Satz 1, 358, 358 a ZPO)
- Beweisbeschluss (§§ 358 ff. ZPO): Form, Inhalt, Abänderung
- Bindung der Beweiserhebung an den Beweisbeschluss, Möglichkeiten der Ergänzung des Beweisbeschlusses im Termin oder in einem Nachfolgetermin, rechtliches Gehör (insbesondere auch kein Ausforschungsbeweis)

- e) Beweismittel der ZPO

- (1) Zeugenbeweis (§§ 373 ff. ZPO)

- Aussage- und vernehmungpsychologische Aspekte des Zeugenbeweises
- Zeugnisfähigkeit
- Ordnungsmittel gegen den nicht erschienenen oder nicht aussagebereiten Zeugen
- Der Verlauf der Zeugenvernehmung: Belehrung, Zeugnisverweigerungsrechte, Vernehmung zur Person und zur Sache,

Fragerecht, Zurückweisung von Fragen, Befragungstechnik, Systematik der Befragung durch den Rechtsanwalt

- Beeidigung: Voraussetzungen und Verfahren (§§ 391 bis 393, 478 ff. ZPO)

(2) Sachverständigenbeweis (§§ 402 ff. ZPO)

Begriff, Verfahren und Einzelprobleme (Privatgutachten, sachverständiger Zeuge)

(3) Urkundenbeweis (§§ 415 ff. ZPO)

Öffentliche Urkunden, Privaturkunden, Beweisantritt, Beweiskraft

(4) Augenschein (§§ 371 ff. ZPO)

(5) Amtliche Auskunft (§§ 273 Abs. 2 Nr. 2, 358a Satz 2 Nr. 2 ZPO)

(6) Parteivernehmung (§§ 445 ff. ZPO)

Parteivernehmung auf Antrag und von Amts wegen (§§ 445, 447, 448 ZPO)

f) Protokollierung

g) Richterliche Beweiswürdigung (§ 286 ZPO) und Beweislast, insbesondere

Allgemeine Beweislastgrundsätze und gesetzliche Beweislastregeln; Anscheinsbeweis; Beweisvereitelung; Umkehr der Beweislast; Schätzung (§ 287 ZPO)

4. Beratung, Erlass und Verkündung des Urteil

§§ 192 bis 197 GVG; §§ 310 bis 312, 315 ZPO

V. Sitzungsprotokoll (§§ 159 bis 165 ZPO)

1. Inhalt

2. Form

3. Beweiskraft

4. Berichtigung

VI. Sitzungspolizeiliche Maßnahmen (§§ 176 ff. GVG)

C. Beendigung des Rechtsstreits

I. Prozessbeendigung durch Parteihandlungen

1. Klagerücknahme (§ 269 ZPO)

- a) Begriff, Abgrenzung zu Klageänderung und (Teil-) Erledigung der Hauptsache
- b) Voraussetzungen und Streit über die Wirksamkeit
- c) Wirkung; Gerichtskostenermäßigung (Nr. 1211 Anlage 1 zu § 3 Abs. 2 GKG, § 34 GKG); Haftungsrisiko des Rechtsanwalts durch Eintritt der Verjährung

2. Erledigung der Hauptsache

- a) Übereinstimmende Erledigungserklärung
 - Begriffe
Erledigung, insbesondere vor Rechtshängigkeit; Erledigungserklärung
 - Wirkung; volle Gerichtskosten (Nr. 1211 Anlage 1 zu § 3 Abs. 2 GKG, § 34 GKG)
 - Entscheidung (§ 91 a ZPO)
 - Rechtsmittel
Sofortige Beschwerde (§ 91 a Abs. 2 ZPO); Probleme der gemischten Entscheidung bei Teilerledigung
- b) Einseitige Erledigungserklärung
 - Rechtsnatur und Bedeutung
 - Umfang der Prüfung
Das erledigende Ereignis, insbesondere Erledigung vor Rechtshängigkeit; Zulässigkeit der ursprünglichen Klage; Begründetheit der ursprünglichen Klage
 - Entscheidung (einschließlich Kostenentscheidung)
 - Rechtskraftwirkung der Entscheidung
 - Streitwert
 - Rechtsmittel

3. Prozessvergleich (§ 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO)

- a) Wesen und Rechtsnatur
- b) Wirksamkeitsvoraussetzungen
 - Materiellrechtlicher Vertrag (§§ 145 ff., 779, 134, 138 BGB; Bedingung, Befristung)
 - Protokollierung (§§ 160 Abs. 3 Nr. 1, 162, 163 ZPO; § 127 a BGB)
- c) Der widerrufliche Vergleich
Rechtsnatur des Widerrufs; Widerrufsvorbehalt als Bedingung (§ 925 Abs. 2 BGB), etwa Form, Adressat, Frist für die Widerrufserklärung, Beseitigung des Widerrufs

d) Inhalt

Vollständigkeit der Streiterledigung, Erfassung aller Problempunkte, Vollstreckbarkeit des Vergleichsinhaltes, Einbeziehung nicht rechtshängiger Gegenstände

e) Wirkung

- Materiell: Frage der Novation
- Prozessual: Beendigung der Rechtshängigkeit ohne Rechtskraftwirkung; Gerichtskostenermäßigung (Nr. 1211 Anlage 1 zu 3 Abs. 2 GKG, § 34 GKG)
- Vollstreckungstitel (§ 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO)

f) Beseitigung des Prozessvergleichs

- Anfängliche materielle und prozessuale Mängel
- Anfechtung
- Rücktritt, Aufhebungsvertrag, Wegfall der Geschäftsgrundlage

g) Rechtsstreit über die Unwirksamkeit des Vergleichs

- Fortsetzung des alten oder Einleitung eines neuen Prozesses
- Entscheidung

h) Kosten

§ 98 ZPO, Nr. 1003 VV-RVG

i) Einzelfälle

- der prozessual unwirksame Vergleich (Umdeutung in materiell rechtlichen Vergleich?)
- der außergerichtliche Vergleich und seine Auswirkungen auf den Rechtsstreit
- der Vergleich mit Dritten oder für Dritte (vgl. § 1629 Abs. 3 BGB)
- der über den Streitgegenstand hinausgehende Vergleich
- der Anwaltsvergleich (§§ 794 Abs 1 Nr. 4 lit. b, 796 a, b, c ZPO)

j) Prozesstaktische Erwägungen

Prozesstaktische und kostentaktische Überlegungen des Anwalts vor Abschluss eines Prozessvergleichs; Vergleich mit anderen Beendigungsmöglichkeiten

4. Sonstige Möglichkeiten der konsensualen Streitbeilegung

a) Überblick über weitere konsensuale Streitbeilegungsansätze

b) Arten und Vorteile außergerichtlicher Streitbeilegung (ADR-Verfahren)

- Moderation
- Mediation
- Schiedsgutachten
- Sonstiges, z.B. Mini-Trial

c) Güterichterverfahren (§ 278 Abs. 5 ZPO)

5. Anerkenntnis (§ 307 ZPO)

- a) Wesen und Rechtsnatur
- b) Protokollierung (§§ 160 Abs. 3 Nr. 1, 162 Abs. 1 ZPO)
- c) Anerkenntnisurteil
 - (1) Voraussetzungen
 - Wirksamkeit der Anerkenntniserklärung
 - Vorliegen der Sachurteilsvoraussetzungen
 - (2) Entscheidung
 - § 313 b ZPO; Kosten (§ 93 ZPO; Gerichtskostenermäßigung, Nr. 1211 Anlage 1 zu § 3 Abs. 2 GKG, § 34 GKG); Vorläufige Vollstreckbarkeit (§ 708 Nr. 1 ZPO)
 - (3) Anerkenntnisurteil im schriftlichen Vorverfahren
 - §§ 307 Satz 2, 310 Abs. 3 ZPO
 - (4) Rechtsmittel
 - Berufung bzw. § 99 Abs. 2 ZPO; Rechtsmittel bei gemischten Entscheidungen

6. Verzicht (§ 306 ZPO)**II. Prozessbeendigung durch Urteil****1. Urteilsarten**

- a) Prozessurteil, Sachurteil
- b) Leistungs-, Feststellungs- und Gestaltungsurteil
- c) Streitiges Urteil
- d) Versäumnisurteil

2. Zustellung des Urteils**3. Form und Inhalt des Urteils**

- a) Bestandteile des Urteils
- b) Tenorierungsprobleme, insbesondere zur Kostenentscheidung und vorläufigen Vollstreckbarkeit
- c) Tatbestand im erstinstanzlichen Urteil
- d) Sonderfälle der Tatbestandsabfassung
- e) Aufbau und Stil der Entscheidungsgründe

4. Berichtigung und Ergänzung des Urteils

- a) Urteilsberichtigung (§ 319 ZPO)
- b) Urteilsergänzungen (§ 321 ZPO)
- c) Selbstkorrektur im Abhilfeverfahren (§ 321 a ZPO)
- d) Beweiskraft des Tatbestands und Tatbestandsberichtigung (§§ 314, 320 ZPO)
- e) Fristprobleme: Fristen für Urteils- und Tatbestandsberichtigung

5. Die Rechtskraft und ihre Durchbrechung

- a) Formelle Rechtskraft (§ 705 ZPO, § 19 EGZPO)
- b) Materielle Rechtskraft (§§ 322, 325 ZPO)
 - Wirkung
 - Gegenstand der Rechtskraft
 - Objektive Grenzen
 - Subjektive Grenzen und Rechtskrafteerstreckung auf Dritte (§§ 325, 326, 327 ZPO)
 - Präklusionswirkung
 - Aufrechnung
- c) Durchbrechung der Rechtskraft

D. Rechtsmittel

I. Rechtsmittel aus Sicht des Anwalts

- 1. Fristenorganisation innerhalb der Anwaltskanzlei**
- 2. Prüfung von Zweckmäßigkeit und Erfolgsaussichten des Rechtsmittels; Beratung des Mandanten; Haftungsrisiken hierbei, Dokumentation der anwaltlichen Hinweise**
- 3. Postulationsfähigkeit, Prüfung, Nachweis**
- 4. Anwaltliches Vorgehen bei teilweiser Einlegung eines Rechtsmittels**

II. Berufung

1. Wesen

Rechtsinstanz und eingeschränkte Tatsacheninstanz

2. Zulässigkeit der Berufung

insbesondere:

- Meistbegünstigungstheorie
- formelle und materielle Beschwer
- Fristproblem im Zusammenhang mit Wiedereinsetzung und Gesuch um Prozesskostenhilfe
- Entsprechende Anwendung bei Nichturteilen

3. Begründetheit der Berufung

formeller und materieller Prüfungsgegenstand

4. Berufungsverfahren

insbesondere: Prüfungsumfang (§ 529), verspätetes Vorbringen (§§ 530, 531 ZPO), Klageänderung, Aufrechnung, Widerklage in 2. Instanz (§ 533)

5. Anschlussberufung (§ 524 ZPO)

6. Berufungseinlegungs- und -begründungsschrift des Anwalts

III. Revision (Grundzüge)

IV. Beschwerde (Grundzüge)

1. Arten

- a) Sofortige Beschwerde (§§ 567 ff. ZPO)
- b) Rechtsbeschwerde (§§ 574 ff. ZPO)

- 2. Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsbehelfen**
- 3. Zulässigkeit der Beschwerde**
- 4. Begründetheit der Beschwerde**
- 5. Beschwerdeverfahren**
- 6. Entscheidung**

E. Besondere Prozesslagen und Verfahrensarten

I. Klageänderung

1. Fälle der Klageänderung

- a) Klageauswechslung
- b) nachträgliche objektive Klagenhäufung
- c) § 264 Nr. 2 ZPO
- d) § 264 Nr. 3 ZPO

2. Zulässigkeit

II. Beteiligung Dritter am Prozess

1. Streitgenossenschaft (§§ 59 ff. ZPO)

- a) Entstehung, Zweck und Arten der Streitgenossenschaft
- b) typische Fallgruppen der einfachen und notwendigen Streitgenossenschaft
- c) Wirkung der einfachen und notwendigen Streitgenossenschaft

2. Parteiänderung

- a) Abgrenzung von Parteiänderung und unrichtiger Parteibezeichnung
- b) Parteiänderung kraft Gesetzes (§§ 1922 BGB, 239 ZPO usw.)
- c) gewillkürte Parteiänderung
rechtliche Behandlung von Parteierweiterung und Parteiwechsel in 1. und 2. Instanz

3. Veräußerung der Streitsache (§§ 265, 325 ZPO)

- a) Begriff der streitbefangenen Sache
- b) Auswirkungen von Veräußerung der Sache bzw. Forderungsabtretung auf Prozessführungsbefugnis und Aktivlegitimation
- c) Voraussetzungen und Wirkungen der Ausnahmevorschrift des § 265 Abs. 3 ZPO
- d) Zusammenschau der Vorschriften der §§ 265, 727 ZPO

4. Nebenintervention und Streitverkündung (§§ 66 bis 77 ZPO)

- a) Taktische Überlegungen
- b) Formvoraussetzungen wirksamer Streitverkündung
- c) Rechtliche Wirkungen

III. Aufrechnung im Prozess

1. Rechtsnatur der Prozessaufrechnung

Abgrenzung der Aufrechnung innerhalb und außerhalb des Prozesses

2. Geltendmachung der erklärten Aufrechnung im Prozess

- a) Prozesshandlung, Tatsachenbehauptung und Verteidigungsmittel (§§ 282, 296 a, 530, 531, 533 ZPO)

- b) kein Einfluss auf Sachurteilsvoraussetzungen der Klage; keine Rechtshängigkeit der Aufrechnungsforderung; keine Prüfung der Sachurteilsvoraussetzungen hinsichtlich der Aufrechnungsforderung

3. Aufrechnung und Rechtsweg (Aussetzung gem. § 148 ZPO)

4. Eventualaufrechnung

5. Zuständigkeits-, Gebühren- und Rechtsmittelstreitwert, Kostenfolgen

6. Aufrechnung mit einer nicht konnexen Gegenforderung

- a) Trennung (§ 145 Abs. 3 ZPO)
- b) Vorbehaltsurteil (§ 302 ZPO): Entscheidung und Nachverfahren; Rechtsmittelprobleme

7. Rechtskraft (§ 322 Abs. 2 ZPO)

8. Behandlung der Aufrechnung im Urteil

IV. Widerklage

1. Erhebung der Widerklage

§§ 253, 261 Abs. 2 ZPO; § 5 Halbsatz 2 ZPO i.V.m. § 45 Abs. 1 GKG, §§ 506 Abs. 1, 504, 533 ZPO

2. Sachurteilsvoraussetzungen der Widerklage, § 33 ZPO

3. Drittwiderklage

Zulässigkeitsvoraussetzungen

4. Eventualwiderklage

5. Behandlung der Widerklage im Urteil

V. Säumnisverfahren (§§ 330 bis 347 ZPO)

1. Voraussetzungen des Versäumnisurteils

- a) gegen den Kläger
Säumnis, Prozessantrag, Sachurteilsvoraussetzungen
- b) gegen den Beklagten
wie a), zusätzlich Schlüssigkeitsprüfung

2. Entscheidungsmöglichkeiten

- a) Beschluss
Gem. § 335 Abs. 1, Abs. 2 ZPO bei behebbaren Mängeln
- b) Endurteil
Unechtes Versäumnisurteil gem. § 331 Abs. 2 ZPO bei endgültig unzulässiger oder unschlüssiger Klage
- c) Versäumnisurteil
 - Formalien (§§ 311 Abs. 2 Satz 2, 313 b ZPO); volle Gerichtskosten (Nr. 1211 Anlage 1 zu § 3 Abs. 2 GKG, § 34 GKG)
 - vorläufige Vollstreckbarkeit (§ 708 Nr. 2 ZPO)
 - Zustellung (§ 317 Abs. 1 ZPO)

3. Einspruch

- a) Zulässigkeitsvoraussetzungen (§§ 338 bis 340 ZPO)
- b) Begründungszwang (§ 340 Abs. 3 Satz 1 ZPO) und Folgen unterlassener Begründung
- c) Möglichkeit einstweiliger Anordnung (§§ 719, 707 ZPO)

4. Verfahren nach Einspruch

a) Unzulässiger Einspruch

§ 341 Abs. 1 S. 2 ZPO: Verwerfung

- aufgrund oder ohne mündliche Verhandlung (§§ 341 a, 341 Abs. 1, 2 ZPO)
- durch Endurteil
 - Kosten (§ 97 Abs. 1 ZPO analog)
 - vorläufige Vollstreckbarkeit (§ 708 Nr. 3 ZPO)

b) Zulässiger Einspruch

(1) Wirkung: § 342 ZPO

(2) Entscheidungen

- Endurteil (§ 343 ZPO)
Ausspruch über die Hauptsache, Kosten (§ 344 ZPO) und vorläufige Vollstreckbarkeit (§ 709 Satz 3 ZPO)
- evtl. erstes Versäumnisurteil bei Säumnis des Einspruchsgegners
- zweites Versäumnisurteil (§ 345 ZPO)
Prüfungsumfang, Säumnis nach Vertagung, Rechtsmittel (§ 514 Abs. 2 ZPO)

5. Sonderfälle der Säumnis

- a) „Flucht in die Säumnis“, Präklusion
- b) Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren (§§ 331 Abs. 3, 276 ZPO)
- c) Entscheidung nach Lage der Akten (§§ 331 a, 251 a ZPO)
- d) Ruhen des Verfahrens (§ 251 ZPO)

VI. Urkundenprozess - Grundzüge

VII. Arrest und einstweilige Verfügung

1. Bedeutung, Abgrenzung und Streitgegenstand

- Summarisches Verfahren
- Abgrenzung zwischen Arrest, einstweiliger Verfügung und einstweiligem Rechtsschutz im Familienrecht
- Sicherungsverfügung, Regelungsverfügung und Leistungsverfügung
- prozesstaktische Überlegungen zur Abwägung zwischen einstweiligem Rechtsschutz und Hauptsacheverfahren (insbesondere auch

Glaubhaftmachung und Beschränkung auf präsente Beweismittel, Schadensersatz aus § 945 ZPO).

2. Voraussetzungen

- a) Zuständigkeit (§§ 919, 937, 943, 944, 942 ZPO)
- b) Antrag (§ 920 ZPO)
- c) Arrestanspruch (§ 916 ZPO) und Arrestgrund (§§ 917, 918 ZPO)
- d) Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund (§§ 935, 940 ZPO)

3. Entscheidung

- a) Form
Beschluss oder Endurteil
- b) Aufbau und Inhalt
insbesondere
 - Sicherheitsleistung (§ 921 ZPO)
 - Abwendungsbefugnis (§ 923 ZPO)
 - Inhalt der einstweiligen Verfügung (§ 938 ZPO)
- c) Bekanntmachung der Entscheidung

4. Widerspruch (§ 924 ZPO)

Weiteres Verfahren und Entscheidung

5. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe

Berufung sowie §§ 924, 926, 927 und 929 Abs. 2 i.V.m. 927 ZPO

6. Vollziehung (§§ 928 ff. ZPO)

VIII. Internationaler Zivilprozess

- 1. Vorrang von Staatsverträgen und EG-Recht (z.B. EuGVÜ, LugÜ, EuGVVO)**
- 2. Allgemeine Regel der ZPO**

F. Zwangsvollstreckungsverfahren

I. Allgemeiner Überblick

1. Unterscheidungen

- a) Erkenntnisverfahren und Vollstreckungsverfahren
- b) Einzelzwangsvollstreckung und Gesamtwangsvollstreckung
- c) Vollstreckungsanspruch und vollstreckbarer Anspruch

2. Einteilung nach der Art der Zwangsvollstreckung

- a) Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen
 - §§ 802a bis 882 h ZPO
 - Mobilarvollstreckung
 - in körperliche Sachen (§§ 808 bis 827 ZPO)
 - in Forderungen und andere Vermögensrechte (§§ 828 bis 863 ZPO)
 - Immobiliarvollstreckung (§§ 864 bis 871 ZPO)
- b) Zwangsvollstreckung wegen sonstiger Ansprüche
 - Zwangsvollstreckung auf Herausgabe von beweglichen und unbeweglichen Sachen (§§ 883 bis 886 ZPO)
 - Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von vertretbaren und nicht vertretbaren Handlungen (§§ 887, 888 ZPO)
 - Zwangsvollstreckung von Ansprüchen auf Duldung und Unterlassung (§ 890 ZPO)
 - Zwangsvollstreckung von Ansprüchen auf Abgabe einer Willenserklärung (§§ 894 bis 898 ZPO)

3. Organe der Zwangsvollstreckung

4. Parteien und Dritte der Zwangsvollstreckung

5. Verfahrensgrundsätze der Zwangsvollstreckung

6. Einleitung, Beginn, Ende und Kosten der Zwangsvollstreckung

II. Zulässigkeitsvoraussetzungen der Zwangsvollstreckung

1. Zuständigkeit

2. Vollstreckungsantrag (§ 753 ZPO)

3. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen

- a) Titel (§§ 704, 794 ZPO)
- b) Klausel (§§ 727, 725, 733, 734, 795 a, 796 ZPO)
 - Besonderheiten der Klauselerteilung (§§ 726, 727, 729, 795 ZPO)
- c) Zustellung (§§ 750, 751 Abs. 2, 756, 765, 798 ZPO)

4. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen

- §§ 750 Abs. 3, 751, 765, 798 ZPO

5. Fehlen von Vollstreckungshindernissen

- a) Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung
(§§ 707, 719, 732 Abs. 2, 769, 771 Abs. 3, 765 a ZPO)
- b) Vollstreckungsbeschränkende Vereinbarungen und ihre Geltendmachung
- c) Vollstreckungsverbote bezüglich einzelner Gegenstände
insbesondere: §§ 811, 850, 865 Abs. 2 ZPO

6. Zulässigkeit der einzelnen konkreten Vollstreckungsmaßnahmen

Gewahrsam des Schuldners in § 808 ZPO, Herausgabebereitschaft Dritter in § 809 ZPO u. dergl.

III. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit bei Vollstreckungsmängeln

IV. Einzelne wichtige Problemkreise

1. Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen generell

- a) Vollstreckung in die richtige Vermögensmasse
 - Grundsatz der freien Wahl des Gläubigers
 - Beschränkter Zugriff in das Schuldnervermögen
 - Beschränkung der Haftung aus Sondervermögen
 - Besonderheiten für Titel gem. §§ 735, 749 ZPO
- b) Pfändung, Verstrickung, Pfändungspfandrecht
 - Verstrickung als Verwertungsgrundlage (§ 803 ZPO)
 - Pfändungspfandrecht (§ 804 ZPO), Theorienstreit und praktische Auswirkung
- c) Surrogationsprinzip (§ 817 ZPO)

2. Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in körperliche Sachen

- a) Pfändung durch Gerichtsvollzieher
 - Gewahrsam des Schuldners, des Gläubigers oder eines Dritten (§§ 808, 809 ZPO)
 - Inbesitznahme durch Gerichtsvollzieher (§ 808 ZPO)
 - Pfändungsbeschränkungen, Austausch und Vorwegpfändungen (§§ 811, 811a, 811b, 811c, 812, 803 Abs. 1 Satz 2 ZPO)
 - Mehrfache Pfändung, Anschlusspfändung (§§ 826, 827 ZPO)
- b) Verwertung
- c) Beendigung der Pfändung (§§ 776, 775, 843 ZPO)

3. Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in Forderungen

- a) Pfändung durch Pfändungsbeschluss des Vollstreckungsgerichts (§§ 828, 829 ZPO, § 20 Abs. 1 Nr. 17 RPfIG)
 - Wirksamkeitsvoraussetzungen und Inhalt des Pfändungsbeschlusses (§ 829 ZPO)
 - Umfang und Wirkung der Pfändung

- b) Verwertung
 - Erlass und Inhalt des Überweisungsbeschlusses
 - Verschiedene Wirkung bei Überweisung zur Einziehung und an Zahlungs Statt
 - Leistung des Drittschuldners an Schuldner
 - Verteidigungsmöglichkeiten des Drittschuldners gegenüber dem Gläubiger
 - Auskunftspflicht des Drittschuldners (§ 840 ZPO) und des Schuldners (§ 836 Abs. 3 ZPO)

4. Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in andere Vermögensrechte (§§ 857 ff. ZPO)

- a) Pfändung von Anwartschaftsrechten und Doppelpfändung bei unter Eigentumsvorbehalt gekauften Sachen
- b) Pfändung von Miteigentums- und Gesamthandsanteilen (§§ 859, 857 Abs. 1, 829 Abs. 3 ZPO)

5. Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung in das unbewegliche Vermögen (§§ 864 bis 871 ZPO)

- a) Gegenstand und Arten (§§ 864 bis 866, 870 ZPO)
- b) Zwangsversteigerung (§§ 866, 869 ZPO, ZVG)

6. Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche als Geldforderungen

- a) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen
 - von beweglichen Sachen (§§ 883, 884 ZPO)
 - von nichtbeweglichen Sachen (§ 885 ZPO)
 - gegen Dritte, die Gewahrsam an der Sache haben (§ 886 ZPO)
- b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung sonstiger Handlungen
 - Abgrenzung von vertretbaren und nicht vertretbaren Handlungen
 - Vornahme einer vertretbaren Handlung (§§ 887, 891 ZPO)
 - Vornahme einer unvertretbaren Handlung (§§ 888, 891 ZPO)
- c) Zwangsvollstreckung von Ansprüchen auf Unterlassung oder Duldung einer Handlung (§§ 890, 891 ZPO)
- d) Zwangsvollstreckung von Ansprüchen auf Abgabe einer Willenserklärung (§§ 894, 895 ZPO)

V. Vermögensauskunft und Abgabe der eidesstattlichen Versicherung (§§ 802c ff., 807 ZPO)

Grundzüge des Verfahrens

VI. Rechtsbehelfe der Zwangsvollstreckung

1. **Rechtsbehelfe im Klauselerteilungsverfahren (Grundzüge)**
2. **Vollstreckungserinnerung gegen Art und Weise der Zwangsvollstreckung (§ 766 ZPO)**
 - a) Zulässigkeitsvoraussetzungen
Abgrenzung zu anderen Rechtsbehelfen, insbesondere zu §§ 771, 793 ZPO, § 11 RPfIG
 - b) Verfahren, Entscheidung und Rechtsmittel (§ 793 ZPO)
3. **Sofortige Beschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen im Zwangsvollstreckungsverfahren, § 793 ZPO (Grundzüge)**
 - a) Zulässigkeitsvoraussetzungen
 - b) Verfahren und Entscheidung
4. **Vollstreckungsschutz in Härtefällen auf Antrag des Schuldners, § 765 a ZPO (Grundzüge)**
5. **Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 ZPO)**
 - a) Klageziel
insbesondere Abgrenzung zu §§ 323, 579, 580, 766 ZPO, Titelgegenklage analog § 767 Abs. 1 ZPO
 - b) Titel
§§ 767 Abs. 1, 794, 795 ZPO
 - c) Zulässigkeitsvoraussetzungen
u.a. Sonderfälle der §§ 796 Abs. 3, 797 Abs. 5 ZPO
 - d) Probleme des § 767 Abs. 2 ZPO
vor allem Präklusion bei Gestaltungsrechten und Bedeutung des § 797 Abs. 4 ZPO
 - e) Entscheidung
 - Möglichkeit der einstweiligen Anordnung (§§ 769 Abs. 1, 767 ZPO)
 - Prozessuales Gestaltungsurteil
 - Vorläufige Vollstreckbarkeit
 - Rechtsfolge der §§ 775 Nr. 1, 776 ZPO
6. **§ 767 Abs. 1 ZPO analog bei vollstreckungsbeschränkenden Vereinbarungen**
7. **Drittwiderrspruchsklage (§ 771 ZPO)**
 - a) Klageziel
Abgrenzung zu anderen Rechtsbehelfen, insbesondere zu § 766 ZPO, § 767 ZPO
 - b) Zulässigkeitsvoraussetzungen
 - c) Probleme des „die Veräußerung hindernden Rechts“, insbesondere Eigentumsvorbehalt, Sicherungseigentum, Anwartschaftsrecht
 - d) Entscheidung
 - einstweilige Anordnung (§§ 771 Abs. 3, 769, 770 ZPO)

- im Übrigen wie vorstehend unter 5 e.

8. Klage auf vorzugsweise Befriedigung (§ 805 ZPO)

G. Familienrecht

I. Vermögensrechtliche Folgen der Ehe während des Bestehens der ehelichen Lebensgemeinschaft; hier güterrechtliche Folgen

1. Güterstände

- a) Allgemeines
- b) Eheverträge

2. Zugewinnngemeinschaft, §§ 1363 - 1390 BGB

- a) Grundsätze
- b) Verpflichtungs- und Verfügungsbeschränkungen im gesetzlichen Güterstand
 - aa) Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte eines Ehegatten über sein Gesamtvermögen, § 1365 BGB
 - bb) Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte eines Ehegatten über ihm gehörende Gegenstände des ehelichen Haushalts, § 1369 BGB
- c) Beendigung der Zugewinnngemeinschaft: Güterrechtliche und erbrechtliche Lösung

3. Gütertrennung, § 1414 BGB

4. Gütergemeinschaft, §§ 1415 - 1518 BGB

- a) Vermögensmassen der Gütergemeinschaft
- b) Beendigung der Gütergemeinschaft

II. Vermögensrechtliche Folgen der Ehe bei Trennung und Scheidung; hier güterrechtliche Folgen

1. Zugewinnausgleich bei Scheidung der Ehe

- a) Überblick zu den verschiedenen Ausgleichsregelungen
- b) Verhältnis des Zugewinnausgleichs zu anderen vermögensrechtlichen Ausgleichsregelungen: Das Ausschließlichkeitsprinzip und seine Durchbrechungen
 - aa) Ausschließlichkeitsprinzip
 - bb) Verhältnis des Zugewinnausgleichs zu Ausgleichsregelungen des Schuldrechts
- c) Überblick: Berechnung des Zugewinnausgleichsanspruchs
- d) gemeinsame Probleme bei der Ermittlung des Anfangs- und Endvermögens
 - aa) Stichtagsprinzip
 - bb) Vermögensbegriff und Bewertungsfragen
- e) Feststellung des Anfangsvermögens, § 1374 BGB
 - aa) Anfangsvermögen
 - bb) Hinzurechnung nach § 1374 Abs. 2 BGB
- f) Bereinigung des Anfangsvermögens im Hinblick auf Scheingewinne
- g) Feststellung des Endvermögens, § 1375 BGB

- aa) Endvermögen
 - bb) Hinzurechnung nach § 1375 Abs. 2 BGB
 - h) Zusammenfassung
 - i) Ausgleichsanspruch, § 1378 BGB
 - aa) Allgemeines
 - bb) Anrechnung von Vorausempfängen, § 1380 BGB
 - j) Auskunftsansprüche und Darlegungs- und Beweislast
 - aa) Auskunftsansprüche
 - bb) Darlegungs- und Beweislast
 - k) Leistungsverweigerung wegen grober Unbilligkeit, § 1381 BGB
 - l) Stundung der Ausgleichsforderung, § 1382 BGB
 - m) Übertragung von Vermögensgegenständen, § 1383 BGB
 - n) vorzeitiger Zugewinnausgleich, § 1385 ff. BGB
 - o) Ansprüche des Ausgleichsberechtigten gegen Dritte, § 1390 BGB
- 2. Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft nach Rechtskraft der Scheidung**

III. Hinweis auf das FamFG als anzuwendende Verfahrensordnung

H. Kompaktkurs Rechtsgestaltung (gesonderter Stoffplan)